

„Der Stresstest für die Demokratie“

Gesellschaft Bei der Veranstaltung „Corona und die Auswirkungen auf die Demokratie“ nehmen Politiker aus der Region eine Standortbestimmung vor. Stimmungslage zwischen Zustimmung und Zumutung.

Ein geladen zu diesem Gespräch mit Politikerinnen und Politikern der Region hatten das katholische Bildungswerk, die Volkshochschule VS sowie die Evangelische Erwachsenenbildung Kirchenbezirk Villingen. Geplant war die Veranstaltung für das Münsterzentrum, musste aber wegen des aktuellen Infektionsgeschehens online abgehalten werden.

Andreas Menge-Altenburger vom Bildungswerk und Karin Nagel, Evangelische Erwachsenenbildung, leiteten die Diskussion mit der Grünen-Landtagsabgeordneten Martina Braun, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei, dem FDP-Bundestagsabgeordneten Marcel Klinge, der SPD-Bundestagskandidatin Derya Türk-Nachbaur sowie dem CDU-Landtagsabgeordneten und baden-württembergischen Justizminister Guido Wolf.

„Der Bundestag saß immer im Fahrersitz der Pandemie.“

Thorsten Frei
CDU-Bundestagsabgeordneter

„Ich fühle mich eingebunden in die Entscheidungen in Sachen Corona“, sagte Martina Braun. In der Pandemie müsse schnell und flexibel gehandelt werden. Sie wies auf ein beim Landesparlament angesiedeltes Bürgerforum hin, das auch zum Thema Corona gehört werde. „Als Privatmann fühle ich mich genauso genervt von den Folgen der Pandemie wie viele Menschen“, bekannte Guido Wolf. Er nehme eine zunehmend kritischere Haltung in der Bevölkerung bezüglich der Corona-Regeln wahr.

Mit Augenmaß agieren

„Der Schlüsselbegriff lautet für mich ‚Verhältnismäßigkeit‘. Da hat die Politik gelegentlich überreagiert. Das mussten die Gerichte dann korrigieren.“ Die Kontrolle der Gerichte finde statt. Das kennzeichne eine Demokratie. Allerdings dürfe die Politik sich dies nicht allzu oft erlauben, weil es zu einem Vertrauensverlust führe. „Mit Augenmaß agieren“, empfiehlt der Justizminister seinen Politikerkollegen.

„Wir leben in einer stabilen und gut funktionierenden Demokratie“, findet Derya Türk-



Die „Bundesnotbremse“ sieht zur Eindämmung der Corona-Pandemie auch Ausgangsbeschränkungen vor. Deren Nutzen sind umstritten, und die FDP-Bundestagsfraktion hat Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Foto: kristina.rütten - stock.adobe.com

Nachbaur. Es sei wichtig, dass in einer Krisensituation schnell reagiert werden könne, und die Ministerpräsidenten hätten im Amt „eine starke demokratische Legitimation“. In der FDP-Bundestagsfraktion in der Opposition monierte Marcel Klinge die ungenügende Einbindung des Bundestages in die Corona-Entscheidungen. „Fragen wie die Impfreihenfolge gehören in den Bundestag. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich überlebt. Wenn Regelungen durch Gerichtsurteile korrigiert werden, hinterlässt das einen Makel.“ Er hoffe, dass durch das politische Handeln in der Krise die extremen Ränder nicht gestärkt werden.

„Die parlamentarische Demokratie ist in der Pandemie nicht unter die Räder bekommen“, ist Thorsten Frei überzeugt. „Der Bundestag saß immer im Fahrersitz der Pandemie.“ Der Bundestag sei bei 70 Gesetzen beteiligt gewesen, es habe sieben Regierungserklärungen und acht aktuelle Stunden gegeben. Mit Blick auf das neu erlassene Gesetz zum Bevölkerungsschutz („Bundesnotbremse“) meinte Frei: „So viel Beteiligung des Bundestages war aktuell nie.“ Und er habe keine Zweifel, dass es vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben werde. Wie berichtet lässt die Bundes-FDP das Gesetz, insbesondere die darin geregelten Ausgangsbeschränkungen, dort

gerichtlich überprüfen – mit dabei auch der hiesige FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge.

Es bestehe die große Herausforderung, „schneller als das Virus zu sein“, sagte Martina Braun. Baden-Württemberg überlege eine noch restriktivere Ausgangsbeschränkung als der Bund. „Wir haben im vergangenen Jahr die Erfahrung gemacht, dass sich das positiv bemerkbar macht.“ Dem widersprach Marcel Klinge kategorisch. „Das ist eine zu drakonische Maßnahme und führt zu einer völlig falschen Debatte. Diese Regelung hat das Potenzial, viel Vertrauen und Disziplin kaputt zu machen.“ Er bemängelte, dass es nach wie vor keinen Plan der Bundesregierung für eine „Öffnung mit Augenmaß“ gebe. Die Tourismuswirtschaft beispielsweise habe ihre Hausaufgaben gemacht, aber der Staat nicht. Denn die Auszahlung der Überbrückungshilfen sei zu langsam gelaufen und sei schlecht organisiert gewesen.

Auf die Ausführungen von Thorsten Frei entgegnete Klinge, dass bei der Formulierung der „Bundesnotbremse“ die Änderungsvorschläge der Opposition nicht übernommen worden seien, und das führe im Ergebnis zur Klage. Darauf konterte der CDU-Bundestagsabgeordnete: „Bei allem Bemühen, bei dem Gesetz eng mit Grünen und FDP zusammenzuarbeiten, waren die Grü-

nen offener, während die FDP sich für den Gang nach Karlsruhe entschieden hat.“ Der Impfturbo sei angeworfen. Nun bleibe zu hoffen, dass bis zum Sommer allen ein Impfangebot gemacht werden könne. „Alles, was wir tun, hat das Ziel, die Gesellschaft leistungsfähig zu halten.“

Impfturbo ist angeworfen

Man dürfe nicht vergessen, dass es sich bei den Corona-Verordnungen um Eingriffe in die Freiheitsrechte handele, wie es sie nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie gegeben habe, mahnte Guido Wolf. „Das ist ein Stresstest für die Demokratie.“ Man müsse Widersprüche aushalten, aber auch sauber argumentieren. „Es ist fatal, wenn Leute Ausgangssperren erleben und auf der anderen Seite Demonstrationen mit Teilnehmern ohne Maske.“ Auf der anderen Seite sei nicht jede diese Demonstrationen von rechts- oder linksextremistischen Teilnehmern unterwandert. „Ich habe die Sorge, dass man sich eine Position nicht mehr zu artikulieren traut, weil man sich in eine extreme Ecke gestellt sieht.“

Klinge forderte, die „sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen durch die Krise“ ernst zu nehmen. Familien seien enorm belastet. Selbstständige, die wegen der Schließungen gerade ihre Altersvorsorge aufgebraucht hätten, bekämen das Gefühl, vor

dem wirtschaftlichen Abstieg zu stehen. „Das sind wichtige und gleichwertige Themen.“

Man müsse der Artikulation von Unmut Raum und Rahmen geben, sonst schlage er in extreme Positionen um, sagte Guido Wolf. „Was wir gerade tun, ist der Ausnahmezustand, das darf nicht gelebte Realität werden.“ Vor einem Jahr habe die Politik von einem kurzen Lockdown gesprochen. „Der dauert für die Gastronomie bereits ein Jahr.“

Gefragt, was das Parlament in Berlin außer der Bekämpfung der Pandemie gemacht habe, entgegnete Thorsten Frei: „Sehr viel.“ In seinem Arbeitsbereich sei beispielsweise das IT-Sicherheitsgesetz, ein Polizeigesetz oder ein Gesetzespaket zum Schutz vor Kindesmissbrauch verabschiedet worden.

„Auch im Land ist viel gelaufen“, sagte Martina Braun. „Wir haben jede Menge Gesetzesvorhaben durch den Landtag gebracht.“

Er sei gefühlt auf jeder Reisebüro-Demo in der Republik gewesen, erzählte Marcel Klinge. Er sei involviert bei der Gründung einer neuen Denkfabrik für Tourismus. Derya Türk-Nachbaur wies auf die Verabschiedung des Lieferkettengesetzes im Bundestag hin. Sie habe „immer ein offenes Ohr für Gleichstellungsthemen“. Außerdem konzentriere sie sich auf ihre Kandidatur für den Bundestag. coh